

Scholz: „Die Deutschen blieben stumm“

Zentrale Veranstaltung in Berlin zum Gedenken an die Opfer der Reichspogromnacht vor 85 Jahren

Von Anna Kirsten
und Kerstin Münstermann

BERLIN. Es ist ein schmaler Raum, in dem sich am Donnerstag die deutsche Staatspitze und Vertreter des gesellschaftlichen und religiösen Lebens befinden. Kanzler Olaf Scholz steht mit Kippa am Rednerpult in der Synagoge Beth Zion in Berlin. Der SPD-Politiker findet klare Worte: „Und auch nach jener Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 – als Straßen im ganzen Land von den Glasscherben jüdischer Schaufenster übersät waren, als Jüdinnen und Juden aus ihren Wohnungen und Häusern hinaus verhaftet und abgeführt wurden, blieb offener Protest fast vollständig aus.“

”

Nie wieder. Dieses Versprechen müssen wir gerade jetzt einlösen.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD)

Von wenigen couragierten Frauen und Männern abgesehen blieben die Deutschen stumm“, sagt Scholz bei der zentralen Gedenkveranstaltung anlässlich des 85. Jahrestages der NS-Novemberpogrome. Das Versprechen nach 1945 laute „Nie wieder“, und darauf sei das demokratische Deutschland gegründet. „Dieses Versprechen müssen wir gerade jetzt einlösen“, betont der Kanzler. Dazu gehöre, für den Schutz von jüdischen Einrichtungen und Gemeinden zu sorgen. Polizei und Justiz müssten geltendes Recht konsequent durchsetzen.

Er wird noch deutlicher: „Nichts, rein gar nichts – keine Herkunft, keine politische Überzeugung, kein kultureller Hintergrund, kein angeblich postkolonialer Blick auf die



„Wer Terrorismus unterstützt, wer antisemitisch hetzt, wird strafrechtlich verfolgt“: Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bei der Gedenkveranstaltung zum 85. Jahrestag der Pogromnacht in der Synagoge Beth Zion in Berlin. Foto: dpa

Geschichte – kann als Begründung erhalten, die Ermordung, das grausame Abschichten Unschuldiger zu feiern“, bekräftigt Scholz mit Blick auf den Terrorangriff der Hamas auf Israel vor einem Monat. „Wer Terrorismus unterstützt, wer antisemitisch hetzt, wird strafrechtlich verfolgt“, betont Scholz.

Dass Deutschland nach dem Angriff der Terrororganisation Hamas für Juden unsicherer geworden ist, beschreibt der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, sehr eindrücklich: „Ich erkenne in

den vergangenen Wochen zuweilen dieses Land nicht wieder. Es wurde zugelassen, dass es sagbar erscheint, öffentlich die Vernichtung Israels und die Auslöschung aller Juden zu propagieren.“

Am Morgen diskutiert bereits der Bundestag über den Schutz jüdischen Lebens in Deutschland. Parteiübergreifend betonen die Vertreter der Parteien, Antisemitismus entschiedener entgegenzutreten und Juden in Deutschland stärker schützen zu wollen. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) versichert

gleich zu Beginn, Antisemitismus in Deutschland nicht hinzunehmen. „Unsere Demokratie toleriert keinerlei Judenhass“, sagt Faeser. Anders als bei den Pogromen 1938 könnten Juden heute auf die Unterstützung des Staates zählen.

Stehende Ovationen für Margot Friedländer

Auch die Gesellschaft stehe an ihrer Seite. Sie müsse aber lauter werden und sich antisemitischem Hass deutlicher entgegenstellen, fordert Fae-

ser. Darüber, dass jüdisches Leben zu Deutschland gehört und schützenswert ist, besteht in der Debatte Einigkeit. Für Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) ist das Entgegenstellen gegen antisemitischen Hass „republikanische Pflicht eines jeden Bürgers dieses Landes“, für den FDP-Fraktionsvorsitzenden Christian Dürr der Schutz von Juden „unsere Verantwortung“. Solidarität mit Israel und den Juden in Deutschland bekräftigen vor allem die Abgeordneten von SPD, Grünen, FDP und CDU mit Ap-

plaus. Mit großem Applaus hatten sie zu Beginn auch Josef Schuster und den Botschafter Israels in Deutschland, Ron Prosor, begrüßt. Holocaustüberlebende Margot Friedländer, die die Debatte ebenfalls auf der Zuschauertribüne verfolgt, bekommt dabei stehende Ovationen.

Anders als die anderen Parteivertreter, die – zwar unterschiedlich gewichtet – Antisemitismus von rechts, links und aus dem muslimischen Milieu verurteilen, macht Beatrix von Storch von der AfD allein die Migrationspolitik und „importierten Antisemitismus“ für den aktuellen Judenhass verantwortlich.

Erstarkender Antisemitismus darf nicht folgenlos bleiben

Klar wird in den Beiträgen der Abgeordneten, dass der aktuell erstarkende Antisemitismus in Deutschland nicht folgenlos bleiben darf. Darüber, welche konkreten Konsequenzen sich daraus ergeben, gibt es jedoch unterschiedliche Positionen: Beispielhaft für Reaktionen der Bundesregierung verweist etwa Faeser auf das Betätigungsverbot für die Hamas und das Verbot des Vereins Samidoun. „Und wir arbeiten an weiteren Verboten“, sagt sie.

Alexander Dobrindt, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe, fordert noch mehr konkrete Maßnahmen. Unter anderem solle Antisemitismus als besonders schwerer Fall der Volksverhetzung einzustufen sein – mit einer Mindestfreiheitsstrafe von sechs Monaten. Antisemitische Straftaten müssten außerdem zur Ausweisung führen. „Wer nicht mit Israel leben will und nicht friedlich mit Juden leben will, der kann auch nicht in Deutschland leben.“ Die Politik wird an diesen Sätzen gemessen werden.